

Ein Plädoyer für mehr Realismus

Backnang/Rudersberg Der Ministerpräsident Winfried Kretschmann erklärt bei einem Besuch im Rems-Murr-Kreis die Abkehr von einer „Politik der heillosen Versprechungen“ und steht zu der Priorisierung von Straßenbauprojekten. *Von Frank Rodenhausen*

Viele Wünsche, keine Einsparvorschläge“ hat Winfried Kretschmann bei seiner eintägigen Stippvisite gestern im Rems-Murr-Kreis zu hören bekommen. Insbesondere bei einem „kommunalpolitischen Gespräch“ mit dem Landrat, Abgeordneten, Bürgermeistern und Kreisräten in der Aula des Backnanger Berufsschulzentrums wurden Bitten an den Ministerpräsidenten herangetragen. Ein zentrales Thema war der Verkehr: Nicht nur der Landrat Johannes Fuchs mahnte unter anderem den Weiterbau der B 14 nach Waldrems an. Auch der Backnanger Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU), der zu dem Gespräch eigens eine grüne Krawatte umgebunden hatte, kritisierte, dass das eigentlich längst versprochene Straßenprojekt auf der Prioritätenliste des Landes nach hinten gerückt sei, als einen Glaubwürdigkeitsverlust der Politik.

Kretschmann verwies auf die enormen Sparzwänge der Landesregierung, die sich durch den unlängst beschlossenen Fiskalpakt noch verschärft hätten. Weil auch der Verkehrsbereich des Bundes „dramatisch

unterfinanziert“ sei, habe man eine Priorisierung der Projekte vornehmen müssen. „Das heißt nicht, dass Ihres unsinnig ist, sondern im Vergleich zu anderen einfach weniger vordringlich.“

Kretschmann erteilte der Forderung des Waiblinger Oberbürgermeisters Andreas Hesky nach einer Nord-Ost-Umfahrung der Landeshauptstadt eine klare Absage: „Die werden Sie und ich nicht mehr erleben.“ Statt den Staus hinterherzubauen und weitere Projekte zu beginnen, die nicht finanzierbar seien, müsse man sich darauf besinnen, was realistisch sei. „Eine Politik der heillosen Versprechungen gibt es bei mir nicht“,

betonte er. Grundsätzlich gebe es nur eine Möglichkeit, eine Zurückstellung von Maßnahmen zu vermeiden: wenn mehr Geld zur Verfügung gestellt werde. Da aber auch er, salopp gesagt, über „keinen Geldscheißer“ verfüge, müsse man höhere Steuern erheben oder „andere Instrumente“ einführen, etwa die von ihm favorisierte satellitengestützte Pkw-Maut.

Auch bei der Neuorientierung der Schulpolitik räumte er Probleme ein. Der

„Ich habe, um es salopp zu sagen, auch keinen Geldscheißer.“

Winfried Kretschmann zu Finanzproblemen



Winfried Kretschmann lässt sich nicht auf Zugeständnisse ein, die er nicht halten kann.

Plünderhäuser Bürgermeister Andreas Schaffer hatte von einer enormen Unsicherheit der Städte und Gemeinden berichtet, die nicht wüssten, wo die Reise des Kultusministeriums hingehen solle. Vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen und neuer Freiheiten habe ein harter Konkurrenzkampf der Schulen untereinander eingesetzt, einzelne Standorte seien in Gefahr. Schaffer, wie zuvor auch der Landrat, forderte deshalb eine regionale Schulentwicklungsplanung. Eine solche hält auch der Ministerpräsident für „dringend notwendig“. Es sei dafür „allerhöchste Zeit“.

Gleichwohl nahm er das zuständige Ministerium in Schutz, schließlich habe sich die Landesregierung eine „soziale Herausforderung ersten Ranges“ als Ziel gesetzt: die „Entkopplung des Bildungserfolgs von der Herkunft der Schüler“. Bei der Frage, auf welches Schulsystem man sich künftig einstellen müsse, wollte sich Kretschmann nicht endgültig festlegen. Dies habe man in den Koalitionsverträgen nicht vereinbart. Seine persönliche Meinung aber sei, dass sich bundesweit letztlich ein zweigliedriges System durchsetzen werde.

Nach dem Gespräch mit den Kommunalvertretern, der Betriebsbesichtigung eines von Backnang aus weltweit agierenden Herstellers von Lautsprecher-Systemen und einem Besuch im Christopherusheim an der Laufmühle kam Kretschmann am Abend in Rudersberg mit Bürgern zusammen. Dort wurde er von rund 150 Menschen mit Protestplakaten empfangen, auf denen zum Beispiel „Hände weg vom Wieslautal“ und „Mogelpackung Ortsumgehung Miedelsbach“ zu lesen war. Kretschmann sprach mit den Protestierenden und sicherte ihnen zu, dass der zuständige Vertreter des Verkehrsministeriums Ende Juli einen Besuch abstatten werde.